

Demission der Regierung Clam.

Die Regierung Clam-Martinić hat beschlossen, dem Kaiser die Demission des Gesamtkabinetts zu unterbreiten. Der Beschluß ist nach einem langen Ministerrat, der bis in die erste Nachtstunde dauerte, gefaßt worden; leicht scheint den Ministern, die noch kein halbes Jahr in Amte sind und wohl alle gern im Amte bleiben würden, der Entschluß nicht gefallen zu sein. Wie sich die Krise weiter entwickeln werde, ob ein neuer Mann hervortreten wird, der sich seine Mitarbeiter frei wählt, oder ob Graf Clam-Martinić an der Spitze bleibt und sich nur einige geschicktere Minister aussucht, als er sie bis jetzt hatte, muß abgewartet werden. Zweierlei ist aber klar: daß die Krise nicht „erledigt“ werden kann, indem man den Reichsrat heimschickt, und daß es so mit der Regierung nicht bleiben kann. Eine derart schwache Regierung ist nicht möglich.

Denn es ist selbstverständlich nur eine Krise der Regierung, und bei ihr fehlt es, nicht im Parlament. Es mag schmerzlich sein, daß im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit für das Budgetprovisorium nicht vorweg vorhanden ist, und ganz gewiß eine schmerzliche Enttäuschung für diejenigen, die ihre Wissenschaft von Oesterreich etwa von dem Herrn Herrmann Bahr beziehen, der noch immer bei dem österreichischen „Wunder“ hält; aber daß Abgeordnete oder Parteien verpflichtet wären, für eine Regierungsvorlage zu stimmen und daß sie, wenn sie sich dessen weigern, zu entlassen seien, damit für den § 14 Platz werde, diesen Unsinn zu behaupten wird man sich doch wohl hüten. Es ist ein Segen der Geschäftsordnungsreform, daß sie klare Verhältnisse schafft und die Dinge durchsichtig werden; denn wie oft hat die Obstruktion es zu verhängeln gehabt, daß die Regierung eigentlich keine Mehrheit besitzt? Man hat es allerdings, infolge der Verschleppung aller politischen Verhältnisse, sozusagen vergessen, daß eine Regierung auch das Vertrauen einer Mehrheit im Parlament braucht. Hat man jemals gesagt, gemeint, daß die Regierung Stürggh das Vertrauen des Reichsrates besitzt, danach auch nur gefragt? Nein, immer hieß es nur, der Graf Stürggh besitze unverändert das Vertrauen der Krone, und damit war die Erörterung auch schon zu Ende. Nicht ganz so, aber doch nicht viel anders, war es bei der Regierung Clam-Martinić der Fall; als ihr hervorstechendes Merkmal wurde gerühmt, daß sich der Ministerpräsident des besonderen Vertrauens des Monarchen erfreue. Das Vertrauen der Krone ist im monarchischen Staate gewiß wichtig, wie wichtig, ersieht man an dem Kabinettswechsel in Ungarn; aber daß es genüge und daß sonst nichts in Frage käme, ist doch ein großer Irrtum. Und wenn nun die Regierung Clam-Martinić aus dem Beschluß des Polenklubs den Schluß zieht, daß es ihr für das Budgetprovisorium an der Mehrheit im Abgeordnetenhaus voraussichtlich fehlen würde, und daraus die Folgerung zieht, daß sie, weil über keine Mehrheit verfügend, nicht im Amte bleiben kann, so urteilt sie richtig und handelt konstitutionell. Sie kann es doch schließlich nicht darauf ankommen lassen, daß die Budgetvorlage wirklich abgelehnt oder die ganze parlamentarische Maschinerie in Unordnung gebracht werde. Der Budgetausschuß soll ja die Beratung der Vorlage schon morgen aufnehmen und am 1. Juli hat das Budgetprovisorium in Kraft zu treten. Wozu also warten, da aehandelt werden muß?

Die Gebrechen der Regierung Clam-Martinić liegen weit weniger in den Handlungen oder Vorfällen des Kabinetts als in der Unzulänglichkeit der meisten Minister. Man merkt der Zusammensetzung die Unerfahrenheit des Kabinettschefs an; er hat sich zu viel subalternen Geist zugesellt. Wir haben, wohlmeinend, wie wir schon sind, den Grafen Clam-Martinić auf diese Gebrechlichkeit seines Kabinetts bereits vor geraumer Zeit aufmerksam gemacht; es ist ein Ministerium für den § 14, aber keines für den heißen Boden des Reichsrates. Man hat das sehr deutlich und sehr peinlich in der fünftägigen politischen Debatte wahrnehmen können. Man hätte eigentlich zu erwarten gehabt, daß sich die Minister, und zwar alle Minister, zum Reden drängen werden. Die Gelegenheit zum Parlament und zum

Volle zu reden, begierig suchen müssen. Statt dessen war, mit der Ausnahme des Finanzministers, auf der ganzen Ministerbank geradezu eine komplette Drückbergerei wahrzunehmen; haben sie doch nicht einmal die Verpflichtung gefühlt, ihr Amt gegen Angriffe zu verteidigen! Wieviel ist über die innerpolitische Verwaltung geklagt worden? Der Minister des Innern schwieg! Welche scharfen Worte fielen über die Suspension der Geschworenengerichte? Der Justizminister schwieg! Wie ist über die Landwehrgerichte gesprochen worden! Weder der Justizminister noch der Landesverteidigungsminister wagten ein Wort! Welche Vorwürfe sind gegen die Zentralen erhoben worden! Weder der Handelsminister noch der Ackerbauminister wußten ein Wort zu sagen! Der Eisenbahnminister war der Gegenstand der allerschärfsten Angriffe; er aber hält das Schweigen für den besten Teil der parlamentarischen Tapferkeit! Ganz abgesehen davon, daß es die seltsamste Art ist, die Autorität des Staates dadurch verfechten zu wollen, daß man auf die blutigsten Angriffe schweigt, ist es nicht überraschend, daß ein Ministerium, das so wenig strategische Tüchtigkeit offenbart, jenes Ansehen nicht zu erringen vermag, das zur Sammlung einer parlamentarischen Gefolgschaft unerlässlich ist. Die Frage der Ernährung ist heute die schwerste Sorge jedes Menschen, und dieser Ernährungsminister fühlt sich nicht für verpflichtet, darüber, wie die nächsten Wochen und Monate durchgehalten werden sollen, ein zusammenfassendes Wort zu sagen! Gute Fachmänner — angenommen, die Herren seien es — sind gewiß notwendig und nützlich. Aber in dieser Zeit muß ein Ministerium auch Führergeist haben, doch etwas mehr verkörpern als das Talent, einen Gesekentwurf auszuarbeiten zu lassen. Das fehlt der Regierung Clam und das ist ihr politischer und parlamentarischer Mangel. Dabei hat sie nicht bloß § 14-Minister übernommen, sondern einen, den man schon losgeworden war, überdies noch ausgegraben; aber es wäre hoch an der Zeit, die § 14-Leute von Stürggh her von der Bildfläche gänzlich verschwinden zu lassen.

Deshalb ist diese Ministerkrise beileibe kein aufwühlendes Ereignis. Sie ist die einfache Aufgabe, ungeschickte Hände durch geschicktere zu ersetzen, eine Aufgabe, die trotz der politischen Armut in Oesterreich wohl noch zu lösen sein wird.